

02.3 Zukunft der Schule – Fremdsprachenunterricht:

Forderung:

Das Jugendparlament SG AI AR lädt die Kantonsparlamente und Regierungen der Kantone St.Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Ausserrhoden ein, dass das Frühfranzösisch beibehalten wird, da gute Kenntnisse in einer weiteren Landessprache zum Zusammenhalt der Schweiz beitragen.

Jedoch sollte der Fokus des Französischunterrichts von Grammatik auf einen alltagsorientierten, gesprächsbasierten Unterricht verlegt werden.

Dies sollte durch Sprachaufenthalte oder Austausch und Dialoge in Kleingruppen umgesetzt werden.

Englisch sollte aber klar die priorisierte Fremdsprache sein und auch mehr Unterrichtszeit beanspruchen.

Begründung

Französisch als Landessprache ist ein wichtiger Bestandteil der nationalen Identität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Schweiz. Das Jugendparlament spricht sich daher klar für die Beibehaltung des Frühfranzösisch aus, das derzeit in den Kantonen St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden noch unterrichtet wird. Da aktuell über eine Verschiebung des Beginns des Französischunterrichts diskutiert wird, möchte das Jugendparlament ein klares Zeichen setzen: Ein früher Einstieg in die Landessprache legt die Grundlage für nachhaltige Sprachkompetenz und stärkt den nationalen Zusammenhalt.

Gleichzeitig zeigt die Erfahrung vieler Schülerinnen und Schüler, dass der heutige Französischunterricht stark auf Grammatik ausgerichtet ist und wenig Raum für praktische Sprachanwendung lässt. Dies führt dazu, dass trotz mehrerer Schuljahre Französisch die Hemmschwelle bleibt, die Sprache im Alltag tatsächlich zu sprechen.

Ein alltagsorientierter, gesprächsbasierter Unterricht hingegen fördert die aktive Sprachkompetenz und die Freude an der Sprache nachhaltig. Sprachaufenthalte und Austausch sowie Dialoge in Kleingruppen schaffen echte Begegnungen mit der Sprache und der frankophonen Kultur und sind damit wirksamer als rein grammatikalisches Auswendiglernen.

Entstehungsprozess

Der Vorstand des Jugendparlaments hat die anstehende Totalrevision des St. Galler Volksschulgesetzes zum Anlass genommen, sich an der 53. Jugendsession mit dem Thema Bildung zu befassen. Der Workshop «Zukunft der Schule» mit rund 20 Teilnehmenden hat sich konkret zur Aufgabe gemacht, eine Stellungnahme zu den wichtigsten Themen des Entwurfs des neuen Volksschulgesetzes auszuarbeiten.

Zu diesem Zweck bereitete Ralph Gämperle, Pädagogischer Mitarbeiter im Amt für Volksschule des Kantons St. Gallen, einen Input sowie Materialien vor, die den Jugendlichen den Entstehungsprozess des nVSG aufzeigten und sie an die wichtigsten Änderungen heranführten. Ebenfalls anwesend war Ilias Paraskevopoulos, Leiter des Volksschulamts des Kantons Appenzell Innerrhoden. Er beleuchtete in seinem Input die Megatrends im Bildungsbereich, auf die das nVSG Antworten finden muss, und zeigte die grössten Unterschiede zwischen dem St. Galler und dem Innerrhoder Bildungssystem auf. Mit diesen Inputs sollte den Teilnehmenden ermöglicht werden, sich ein Bild des aktuellen Systems zu machen und gleichzeitig eine Meinung zu möglichen Änderungen zu bilden.

Eines der Themen, das zwar nicht im Volksschulgesetz selbst, sondern auf Verordnungsebene im Lehrplan geregelt wird, politisch jedoch stark umstritten ist, betrifft das Frühfranzösisch. Auch zu diesem Thema bestand der Wunsch, eine entsprechende Forderung auszuarbeiten.

Im Plenum wurde kein Änderungsantrag zu dieser Forderung eingereicht. Diese wurde daher nach einer kurzen Grundsatzdiskussion vom Plenum mit 44 Ja-Stimmen gegen sieben Nein-Stimmen und drei Enthaltungen klar angenommen. Damit erhielt das Jugendparlament den Auftrag, diese Forderung bei den Kantonen einzureichen.